

Von Orsoy nach Oberwesel

Die schwierigen Anfänge des Kampfes gegen die Täufer in Münster im Jahr 1534

Die Täuferherrschaft in Münster hat in den letzten Jahrzehnten die Forschung immer wieder beschäftigt.¹ Es wurden Überblicke vorgelegt oder einzelne Aspekte beleuchtet. Auch waren in Münster zwei eindrucksvolle Ausstellungen zu den Ereignissen und ihrer Rezeptionsgeschichte zu sehen, die in Katalogen dokumentiert wurden.² Am intensivsten untersuchte Karl-Heinz Kirchhoff das Phänomen und faßte seine Forschungen zuletzt in einer bemerkenswerten Publikation zusammen.³ Die meisten Untersuchungen widmeten sich den Vorgängen in der Stadt, das heißt der Einführung der Reformation und der Ausgestaltung der Täuferherrschaft. Weniger Beachtung fanden dagegen die Belagerung der Stadt und die Probleme, die sich daraus für Bischof Franz von Waldeck und andere Fürsten ergaben. Nach der Arbeit von Ludwig Keller⁴ wurden zwar einige kleinere Beiträge zum Thema veröffentlicht, aber nur Kirchhoff legte einen Überblick vor, der die militärischen Maßnahmen und politischen Verhandlungen eingehend verfolgte⁵, während Helmut Neuhaus die reichspolitische Dimension untersuchte.⁶

Kirchhoff verarbeitete neben gedruckten Quellen die Akten der Archive in Münster und Düsseldorf. Ich teile seine Beurteilung der Ereignisse. Berücksichtigt man indes die Bestände weiterer Archive, zum Beispiel in Marburg, Weimar, Dresden, Hannover, Würzburg oder Wien, dann kann seine Darstellung vervollständigt werden.⁷ Für den Zeitraum vom Tag zu Orsoy am 26. März 1534 bis zu dem in Oberwesel am 16. November soll deshalb verfolgt werden, welche Interessen in dieser Phase die Herrschenden bewegten und welche Schwierigkeiten sich abzeichneten, dem Bischof zu Hilfe zu kommen. Denn es ist schon erstaunlich, warum es mehrerer Monate bedurfte, ehe eine effektive Unterstützung zustande kam. Die umfangreichen Quellenbestände können allerdings auch in diesem im Umfang begrenzten Beitrag nicht ausgeschöpft werden.

I. Der Tag zu Orsoy

Franz von Waldeck, seit 1530 Administrator des Bistums Minden, seit 1532 Bischof von Münster und Osnabrück⁸, war in der Stadt Münster mit einer erstarkenden reformatorischen Bewegung konfrontiert.⁹ Vor allem aber gewannen die Täufer an Einfluß. Den hessischen Landgrafen Philipp informierte

der Bischof am 20. Januar 1534, daß angesichts der »verführerischen« Predigten Bernhard Rothmanns ein allgemeiner Aufstand zu befürchten sei und die Sache bei dem gemeinen Mann »in ander unser stede und naberlande einen gewissen vortganck« gewinne.¹⁰ Der Verweis auf der Stadt benachbarte Gebiete erfolgte nicht grundlos, denn auch dort und in den Niederlanden breitete sich die Täuferbewegung aus. Die Räte des Herzogs von Kleve berichteten dem Bischof am 4. März, in Kleve, Jülich und Berg seien von Münster ausgesandte »Propheten« erschienen, um die Untertanen zu bewegen, mit ihnen nach Münster zu ziehen.¹¹

Bei den Ratswahlen am 23. Februar 1534 erlangten die Täufer die Herrschaft in der Stadt und begannen, das Regiment nach ihren Vorstellungen einzurichten. Am 17. Februar bot der Bischof die Ritterschaft und am 28. Februar die Erbmänner des Stifts auf.¹² Am 23. Februar richtete er sein Hauptquartier in Telgte ein. Da er eine Belagerung aus eigenen Mitteln trotz wiederholter Schatzungen¹³ nicht finanzieren konnte, hoffte er auf die Unterstützung benachbarter Fürsten. Philipp von Hessen, der seit 1532 mit ihm verbündet war, stellte als erster Truppen zur Verfügung, erklärte sich wiederholt zur Hilfe bereit und war bemüht, weitere Fürsten zu bewegen, den Bischof zu unterstützen.¹⁴ Die »Empörung« in Münster sei dem »vorschiedenen bewerischen vfrur nit sehr ungleich«, schrieb er am 30. März an den Augsburger Rat, und wenn nicht Widerstand geleistet werde, könne vielen Ländern daraus großer Schaden erwachsen.¹⁵ Tatsächlich waren die Täufer in weiten Teilen des Reiches aktiv, und die von König Ferdinand und mehreren Landesherren erlassenen Mandate vermochten die Bewegung nicht im gewünschten Maß einzudämmen.

Nachdem sich Franz von Waldeck Ende Februar ohne Erfolg an den Kölner Erzbischof und Kurfürsten Hermann von Wied und an Herzog Johann von Kleve gewandt hatte, erschienen am 20. März kurkölnische und klevische Räte in Telgte und bekundeten, beide Landesherren seien bereit, »souil inen vmber muglich solich onchristlich grausam erschreckenlich vnd vfrurisch wesen straffen zu helffen vnd derhalb Munster hilfloß nit zulassen.« Sie ersuchten den Bischof, am 25. März nach Orsoy (zwischen Wesel und Moers) zu kommen, um dort am nächsten Tag mit beiden Fürsten zu beraten.¹⁶

Während des Tages zu Orsoy am 26. März, an dem die drei Landesherren nicht persönlich teilnahmen, zeichnete sich zunächst kein Ergebnis ab.¹⁷ Erst nach separaten Beratungen der kurkölnischen und klevischen Räte lenkten letztere ein, so daß doch noch ein Abschied zustande kam.¹⁸ Hinsichtlich der »eilenden Hilfe« wurde darauf verwiesen, daß die erbetenen Geschütze nach

Münster unterwegs seien. Beide Fürsten verpflichteten sich ferner, jeder zwei Fähnlein Knechte für einen Monat zur Verfügung zu stellen. Zur Verlängerung der Hilfe erklärten sie sich bereit, wenn dies erforderlich sein sollte. Da der Bischof nicht über genügend Knechte verfüge und deshalb der Belagerungsring nicht geschlossen werden könne, wollten sie ihm mit geschickten guten Leuten und nicht mit Geld zu Hilfe kommen. Einige Festlegungen galten der Sicherheit der Territorien: Die Untertanen sollten sich nicht in ausländische Dienste begeben und der Durchzug fremden Fußvolks unterbunden werden, auch den Amtleuten alle Personen angezeigt werden, »so zue vffrur vnnd verdruckung der oberkheit ader sunst zu verachtung alter vnnd wolhergebrachter Christlicher ordenong dienen«. ¹⁹ Allen Untertanen sollte angesagt werden, wenn an einem Ort Aufruhr entstehe, ungesäumt zu helfen, diesen zu stillen.

Um weitere Hilfe für den Bischof zu mobilisieren, rieten Kurköln und Kleve: Da die münsterische Sache alle Obrigkeiten angehe, sollten die Stände des niederrheinisch-westfälischen Reichskreises ²⁰ gemäß dem Abschied des Speyerer Reichstags von 1526 um Beistand ersucht werden. ²¹ Damit war ein Weg gewiesen, die Unterstützung nicht mehr über Verhandlungen mit einzelnen Fürsten zu betreiben, sondern das Potential eines ganzen Reichskreises zu erschließen, und zwar gemäß den Prinzipien, die der Speyerer Reichsabschied fixierte. ²² Insofern verwies der Tag von Orsoy auf einen gangbaren Weg. Doch politische Gründe verhinderten, eine wirksame Hilfe sofort zu vereinbaren: »Man befürchtete, es ginge dem Bischof nur um die Niederwerfung der Stadt, und es bestand die Gefahr, daß er die so gewonnene Herrschaft im Stift benutzen würde, um sein Territorium an Burgund zu übergeben. Dazu wollte Kleve nicht helfen. Andererseits konnte man nicht abseits stehen und Hessen die Hilfe überlassen. Mit der Einberufung des Kreises hoffte man wohl, den Bischof von hessischer und burgundischer Hilfe unabhängig zu machen.« ²³

II. Der erste Tag zu Neuss und weitere Bemühungen um Hilfe

Inzwischen leitete Franz von Waldeck die Belagerung der Stadt ein, und er plante auch, Münster im Sturm zu erobern. Er ließ am Niederrhein ²⁴ und in Mitteldeutschland ²⁵ Söldner anwerben. Doch die Vorbereitung eines Angriffs verzögerte sich, weil es an Arbeitskräften und schwerem Geschütz mangelte. Auch die in Orsoy vereinbarten Maßnahmen wurden nur zögernd umgesetzt. Denn in dem »spannungsvollen politischen Kraftfeld zwischen Burgund, Geldern, Köln, Kleve und Hessen hatte Bischof Franz einen schwierigen Stand.« ²⁶ Nahm er die Hilfe des einen an, weckte das den Arg-

wohn der anderen. Auch schwelte im Norden der Konflikt zwischen Lübeck und Dänemark, und im Süden betrieb Philipp von Hessen die Rückgewinnung Württembergs für Herzog Ulrich.²⁷

In den Blickpunkt des Reiches rückte der Konflikt um Münster, als König Ferdinand sich zwischen dem 25. und 31. März an zahlreiche weltliche und geistliche Fürsten sowie Reichsstädte wandte.²⁸ Er erinnerte an das dortige Geschehen, erklärte generell, die Täufer beabsichtigten, alle Obrigkeiten zu unterdrücken »oder doch vnnder dem gemainen man ainen aufstand vnnd entporung zu erwecken«²⁹, rügte die nachlässige Befolgung der Täufermandate an vielen Orten und verlangte deren strikte Einhaltung. Da die Zeitläufte unruhig seien, sollten nach einem Zug gegen Münster die Truppen unverzüglich entlassen werden, um einen Aufstand des Pöbels zu verhüten, »zu welchem derselbig on das geneigt ist, auch ime ytz sonderlich die widertauffrisch sect raitzung gibt«.³⁰ In das Schreiben an die geistlichen Fürsten war ein Passus eingefügt, der die Aufwiegelung zu gewaltsamen Aktionen in ihren Folgen für die Kirche ausmalte. Denn mit diesen sei beabsichtigt, den Geistlichen die Gotteshäuser und die zeitlichen Güter zu nehmen, wodurch weitere Fürsten angereizt würden, gleiches zu tun.³¹

Franz von Waldeck griff nun den Vorschlag von Orsoy auf, die Hilfe der Nächstgesessenen zu erbitten. Am 29. März wandte er sich an Herzog Johann von Kleve als Obersten des niederrheinisch-westfälischen Reichskreises.³² Er erinnerte an den Artikel des Speyerer Abschieds von 1526, verwies auf den »mutwilligen Ungehorsam« und das »unchristliche Wesen« der Täufer in Münster und erbat den Rat und Beistand der benachbarten Kreisstände. Sie sollten die münsterische Sache als ihre eigene betrachten, da sonst allen Fürsten und Obrigkeiten, Land und Leuten die Vernichtung drohe. Deshalb möge der Herzog alle Kreisstände anschreiben. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Einige erklärten sich zur Hilfe bereit. Bürgermeister und Rat von Köln antworteten am 7. April, sofern eine allgemeine Kreissteuer ausgeschrieben werde, wollten sie sich dem fügen.³³ Andere verwiesen auf ihr Unvermögen, Hilfe zu leisten. Der Abt des Stifts Corvey antwortete zum Beispiel am 14. April, sein Stift sei durch schwere Händel in »üblen Unrat« geraten, so daß er wegen seiner »Ohnmacht« um Nachsicht bitte.³⁴ Offenbar wurde nichts unternommen, um die Kreisstände beschleunigt einzuladen und eine Kreissteuer zu beschließen. Erst am 21. Juni informierte der Herzog von Kleve, Graf Wilhelm von Nassau, er habe eine Berechnung der Steueranlage nach dem Anschlag des Türkenzugs vorgenommen.³⁵ Als die Stadt Köln davon erfuhr, monierten Bürgermeister und Rat, eine Veranlagung vor Berufung der Kreisstände entspreche nicht der Reichsordnung.³⁶

Ein Kreistag fand vorerst nicht statt, und Kurköln und Kleve kamen ihren im Orsoyer Abschied eingegangenen Verpflichtungen nur säumig nach. Deshalb verhandelte Franz von Waldeck mit weiteren Fürsten, die zwar ihre Solidarität bekundeten, aber die notwendige materielle Unterstützung nicht zusagten. Als die Hilfe im gewünschten Maß immer noch ausblieb, mobilisierte der Bischof zunächst die Lehnsleute im Bistum Minden.³⁷ Ende April sandte er seine Räte zu den Fürsten von Köln und Kleve. Den Herzog von Kleve sollten sie ersuchen, ein eigenes Feldlager vor Münster zu errichten und sich in persona an die Grenze des Stifts zu begeben, damit man sehen könne, daß es sich um eine ernste Sache handle.³⁸ Vom Kölner Kurfürsten erwartete er, daß er sich unverzüglich persönlich mit so viel Geschütz, wie er zur Verfügung habe, in das Feldlager begeben.³⁹ Die Relation der bischöflichen Gesandten vom 1. Mai zeigt, daß die Verhandlungen sich schwierig gestalteten.⁴⁰ Während diese auf schnelle Hilfe drängten, wollte der Kölner Kurfürst sich erst mit Kleve beraten und dann ihre Werbung beantworten. Das einzige greifbare Resultat war der Vorschlag des Kurfürsten, mit Herzog Johann in Neuss weiter zu verhandeln.

An dem Tag zu Neuss am 7. Mai 1534 nahmen Kurfürst Hermann von Wied und Herzog Johann persönlich teil. Da die von beiden in Orsoy übernommenen Verpflichtungen noch nicht eingelöst waren, ging es jetzt vor allem darum, wie dies geschehen solle. Der vereinbarte Abschied besagte⁴¹: (1) Jeder Fürst stelle 200 Reiter und (2) zwei Fähnlein Knechte zur Verfügung, die am Sturm auf die Stadt teilnehmen sollen. (3) Beide werben 100 Gräber an, die zur Anlage der Graft – eines Erdwalls, der um die Stadt angelegt werden soll – benötigt werden. (4) Beide Fürsten richten für ihr Kriegsvolk eigene Feldlager vor Münster ein und (5) entsenden ihre Kriegsräte dorthin. (6) Geregelt wurde die Bürgschaft beider Fürsten über jeweils 10 000 Gulden zur Besoldung des Kriegsvolks. (7) Auch wollen sie grobes Geschütz für den Fall bereit halten, daß es benötigt werde. (8) Den notwendigen Proviant sollen ihre Amtleute und Untertanen gegen angemessenes Entgelt in das Lager liefern.

Vergleicht man diese Abmachungen mit denen von Orsoy, so spielten neue Gesichtspunkte keine Rolle. Zum einen wurde zugesagt, den Orsoyer Abschied umzusetzen, zum anderen wurden die eingegangenen Verpflichtungen konkretisiert. Doch auch diesmal blieben die Festlegungen auf dem Papier oder traten Verzögerungen bei der Hilfeleistung ein. »Es scheint, als habe der Neusser Vertrag nur den Zweck gehabt, den Bischof bis zur Einberufung eines Kreistages hinzuhalten und ihn durch Hilfsversprechungen zur Aufgabe seiner Beziehungen zu anderen Fürsten zu veranlassen. Denn die

Eroberung Münsters mit hessischer und burgundischer Hilfe lag aus machtpolitischen Gründen nicht im Interesse der rheinischen Fürsten.⁴²

Inzwischen warb der Rat von Bremen bei mehreren Fürsten um Unterstützung gegen Erzbischof Christoph.⁴³ Der Anlaß waren Auseinandersetzungen um das evangelische Glaubensbekenntnis und die Verhandlungen Christophs mit Burgund wegen der Übernahme des Hochstifts. Die Stadt beabsichtigte offenbar, Knechte von Münster abzuwerben.⁴⁴ Herzog Ernst von Braunschweig informierte am 10. Mai den sächsischen Kurfürsten Johann Friedrich darüber und über die Lage vor Münster⁴⁵: Die eingegangene Kundschaft lasse ihn zweifeln, daß Franz von Waldeck die Stadt erobere, denn es mangle an Pulver und anderem Material. Gelingen die Einnahme nicht, werde daraus weiterer Aufruhr erwachsen, »dan die an und umbligende lande alle faste mit dem irthumb der widdertaufe und sacraments beflegt sein, so das sich alsdan ein groess volck in Munster vorsamlen konte.«⁴⁶ Man müsse deshalb auf Mittel bedacht sein, wie der Konflikt zwischen dem Bischof und der Stadt überwunden werden könne. Am 21. Mai antwortete Johann Friedrich⁴⁷, er trage Bedenken, mit den Täufern zu verhandeln. In der Stadt lebten wohl noch einige Einwohner, die der christlichen Lehre anhängen, doch die jetzigen Inhaber des Regiments seien »mit dem grossern hauffen der schwermerey des widertaufs verwant«.⁴⁸ In der Zeit, als der Sturmangriff vorbereitet wurde, gab es dennoch Bemühungen, zu einem Ausgleich zu kommen.⁴⁹ Eine Kapitulation lehnten die Täufer jedoch ab.

Die Vorbereitung eines Sturms wurde mehrmals durch Ausfälle der Täufer gestört.⁵⁰ Am 18. Mai informierte Konrad Hesse, es sei zu befürchten, der Bischof werde die Stadt mit Gewalt nicht erobern.⁵¹ Der erste Angriff war für den 26. Mai vorgesehen und wurde seit dem 19. Mai mit der Beschießung vorbereitet. Doch betrunkene Söldner griffen bereits am 25. Mai an. Das Unternehmen mißlang und ein Teil der Knechte meuterte, so daß ein weiterer Angriff vorerst nicht möglich war.⁵² Von bischöflicher Seite hieß es, die Stadt sei mit Gräben, Mauern und Wällen stark befestigt, auch mit Geschütz und Zubehör versorgt und nicht ohne weiteres einzunehmen.

Franz von Waldeck unterrichtete sofort mehrere Fürsten. Am 26. Mai schrieb er an die hessischen Räte in Kassel: »Wie aber dem, wollen wir doch zum furderlichsten mit hilf Gots die sachen mit dem ernste angreifen, der zuversicht, die stat Munster zu gepurlichem gehorsam zu bringen.«⁵³ Skeptischer äußerten sich am selben Tag die klevischen Kriegsräte⁵⁴: Es sei abzusehen, daß man die Knechte für weitere Monate zur Verfügung haben müsse, »dan die zit verlouft unversehens, und sonder gelt ist hie nit zu handeln, des wir nit mehe haben.«⁵⁵ Zwei Tage später berichteten sie allerdings,

die Knechte – mit Ausnahme von drei Fähnlein – seien zu einem weiteren Sturm bereit, forderten aber zusätzlichen Sold, was gegen den Bestallungsbrief verstoße.⁵⁶

Das Stift Münster konnte die Kosten der Belagerung allein nicht tragen, zumal sich abzeichnete, daß die Niederwerfung der Täufer innerhalb kurzer Zeit nicht gelingen werde. Offenbar wurden in dieser Zeit von verschiedener Seite die Bemühungen fortgesetzt, die Knechte in Dienst zu nehmen, wenn sie von Münster abziehen. Daran war Philipp von Hessen interessiert, der sie für den Württemberger Zug benötigte bzw. Holstein zur Verfügung stellen wollte.⁵⁷ Daran gelegen war aber auch den Lübeckern⁵⁸, die am 14. Mai die Kriegshandlungen gegen Dänemark begannen. Um endlich die benötigte Hilfe zu erlangen, unterbreitete Franz von Waldeck am 2. Juni 1534 Kurköln und Kleve Pläne, wie die Belagerung fortgesetzt werden könne. Auch schlug er eine erneute Zusammenkunft in Neuss vor.⁵⁹ Inzwischen liefen die Schanzarbeiten dienstpflchtiger Bauern weiter, um einen neuen Angriff vorzubereiten.⁶⁰ Doch die Absicht, den Stadtgraben zuzuschütten, mußte aufgegeben werden, da die Erdarbeiten durch Ausfälle der Täufer gestört und die Arbeiter wiederholt aus den Schanzen vertrieben wurden. Die Knechte, die zum Schutz der Arbeiter eingesetzt waren, wurden von den Täufeln während mehrerer Scharmützel zurückgeworfen. Ein neuer Plan sah nun vor, einen Erdwall – die Graft – aufzuwerfen und wie eine Walze in Richtung der Stadtmauern vorzuschieben, um an den Wassergraben zu gelangen.⁶¹

III. Der zweite Tag zu Neuss und weitere Verhandlungen

Als Franz von Waldeck sich auf dem Weg nach Neuss befand, traf eine burgundische Gesandtschaft ein, die Hilfe anbot, weil auch in den Niederlanden Aufruhr zu befürchten sei, wenn die Stadt Münster nicht eingenommen werde. Der Bischof konnte nun hoffen, seine beiden Verhandlungspartner in Neuß – anders als in Orsoy und bei dem ersten Tag in Neuss – zu effektiverer Unterstützung zu bewegen. Doch die Verhandlungen zogen sich vom 16. bis zum 20. Juni hin. Ausdrücklich wurde auf »vilgehapter hin vnd wider ergangener Underhandlung, vleissiger und dapperer Erwegung, grois und wichticheit dieser sachen und handel« verwiesen.⁶²

Mit dem Abschied vom 20. Juni wurde vereinbart⁶³: (1) Die drei Fürsten erklären sich bereit, einen Monat lang 4000 Solde für die Knechte sowie für 1000 Gräber zu tragen und vorzustrecken und außerdem 10 000 Emder Gulden zur Beschaffung von Pulver zu erlegen, so daß auf jeden Fürsten 20 000 Gulden fallen. (2) Als Oberster Feldhauptmann wird der Bischof vorgeschlagen. Ihm sollen Graf Wilhelm von Nassau, Graf Wilhelm von Neuenahr

und Graf Wierich von Oberstein beigeordnet werden. Alle die Belagerung und Eroberung der Stadt betreffenden Fragen sollen nur unter Hinzuziehung der Kriegsräte beraten werden. (3) Kurköln und Kleve erhalten für die vorgestreckten Gelder eine Verschreibung zu Lasten des Bischofs, des Domkapitels, der Ritterschaft und Landschaft des Stifts. (4) Wird die Stadt innerhalb eines Monats nicht erobert, so daß das Kriegsvolk länger unterhalten werden muß, soll der Bischof die Kosten für den zweiten Monat tragen. Ist die Stadt dann noch nicht eingenommen, wollen Kurköln und Kleve sich mit ihren Landschaften verständigen, wie dieser dritte Monat finanziert werden kann. (5) Da die Sache nicht nur das Stift Münster, sondern die »ganze deutsche Nation« angehe, soll der Herzog von Kleve nochmals die Stände des niederrheinisch-westfälischen Kreises anschreiben und darauf hinweisen, wer keine Leute schicken könne, solle mit Geld, Pulver oder anderem Gerät helfen. Keiner solle sich auf die Hilfe Kurkölns und Kleves verlassen. (6) Der Oberste Feldhauptmann und die Kriegsräte sollen gewährleisten, daß im Feldlager Gotteslästerung, Schlägereien, Trinkgelage und andere Mißbräuche unterbleiben. (7) Der Bischof soll sich ohne Wissen beider Fürsten mit niemandem in Verhandlungen einlassen, die zum Ziel haben, das Stift einem anderen Potentaten zu überstellen.

Die Hilfe überstieg diesmal den Umfang der Zusagen, die während des ersten Neusser Tages vereinbart worden waren. Auch verstärkten beide Fürsten ihren Einfluß auf das militärische Kommando. Die »Unordnung« im Feldlager dürfte aus der langen Belagerung und den demoralisierenden Wirkungen des fehlgeschlagenen Sturms herrühren, so daß Schritte notwendig wurden, um die Ordnung zu gewährleisten. »Aus dem Protokoll dieser Verhandlungen geht deutlich hervor, daß Bischof Franz nicht mehr als Bittsteller auftrat, sondern – vor dem Hintergrund des burgundischen Angebots – die Hilfe der Nachbarn forderte und sie in großzügiger Weise auch erhielt.«⁶⁴

Am 24. Juni legte Herzog Ernst von Braunschweig einem Schreiben an Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen »neue Nachrichten« bei: Es werde erzählt, das Geld für den Sold der Knechte komme vom Burgunder Hof.⁶⁵ Die Verhandlungen Franz von Waldecks mit der burgundischen Gesandtschaft fanden aber erst nach seiner Rückkehr aus Neuss am 24. Juni statt.⁶⁶ Er ersuchte sie, 80 000 oder 90 000 Gulden und 500 Zentner Pulver vorzustrecken. Die soeben vereinbarte Hilfe der beiden rheinischen Fürsten erwähnte er offenbar nicht. Um seine finanziellen Kalamitäten zu überwinden, streckte der Bischof die Fühler weiterhin nach allen Richtungen aus.

Philipp von Hessen, der die Rückgewinnung Württembergs am 13. Mai durch den Sieg bei Lauffen am Neckar entschieden hatte, wurde ständig über

die Situation in und um Münster unterrichtet. Das besorgte vor allem Konrad Hesse, der in kurzen Abständen seine Berichte aus dem Lager an den Landgrafen oder nach Kassel schickte.⁶⁷ In einem Bericht vom 23. Juni⁶⁸ gab Hesse seinen Eindruck wieder, die Stadt sei mit Gewalt wohl nicht zu erobern, denn mit dem Graben komme man nur langsam voran. Eher könnten die Belagerer zum Erfolg kommen, wenn die Täufer die Stadt aufgeben würden. »Es ge, wie es welle, so weirt es in einen monat hei nit geendet.«⁶⁹ Vier Tage später berichtete er nach Kassel von den Werbungen der burgundischen Gesandtschaft.⁷⁰ Diese habe sich hören lassen, daß Holland, Seeland, Brabant und andere Länder sich den Täufem anschließen würden, wenn die Stadt Münster nicht gestraft werde. Ende Juni waren die Knechte schon drei Wochen nicht bezahlt worden, so daß eine Meuterei drohte. Hessen stellte daraufhin dem Bischof eine Summe zur Verfügung, um die Söldner im Lager zu halten.

Entsprechend dem zweiten Neusser Vertrag wandte Herzog Johann von Kleve sich noch einmal an die Kreisstände, doch wiederum mit wenig Erfolg. Der Kölner Rat beschied ihn am 30. Juni, die Stadt sei zur Hilfe bereit, wenn die Sache von allen Kreisständen beschlossen werde. Aber die Festlegung einer Kreissteuer ohne deren Berufung entspreche nicht dem Reichsabschied und der Reichsordnung.⁷¹ Am nächsten Tag legte der Rat fest, es solle noch einmal beratschlagt werden, wie auf andere Weise Hilfe geleistet werden könne.⁷² Inzwischen trafen, wenn auch verspätet, die Gelder von Kurköln und Kleve sowie von Burgund ein.⁷³

In diese Zeit fällt eine weitere Initiative, um den Konflikt zwischen dem Bischof und der Stadt durch Verhandlungen beizulegen. Am 24. Juni wandte sich Herzog Ernst von Braunschweig erneut an Kurfürst Johann Friedrich⁷⁴: Der Bischof wolle Gewalt gegen die Stadt gebrauchen, aber Geistlichkeit, Ritterschaft und Landschaft des Stifts würden es lieber sehen, »das die sach zu anderen und gutlichen wegen mochte gericht und die stat unverderbet« bleibe, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.⁷⁵ Johann Friedrich antwortete am 7. Juli⁷⁶ und verwies auf den Vertrag von Kaaden vom 29. Juni, der ihm auferlege, mit Hessen und Württemberg wegen einer Reiterhilfe für den Bischof zu verhandeln.⁷⁷ Wenn er diese Aufgabe wahrnehme und gleichzeitig zwischen dem Bischof und den Täufem in Münster vermittele, könne der Eindruck entstehen, es geschehe nur zum Schein und die Verhandlungen mit Hessen seien nicht ernst gemeint, »auch als tetenn wir es denn vncristlichenn aufffurischen Leuttenn zugut, vnnd der maynung, inenn aus der vorwircktenn straff zu weiter ausbraitung ires irthumbs zu helfen.«⁷⁸ Gewichtiger war wohl sein Argument, wenn er sich auf Unter-

handlungen einlasse, könne es nur darum gehen, die Einwohner zur Annahme des reinen Gottesworts zu bewegen, was von ihnen aber nicht zu erwarten sei. Der Bischof werde darauf bestehen, sie dem Papsttum zuzuführen, worauf er und der Landgraf sich nicht einlassen könnten. Er sehe deshalb in einer Vermittlung keinen Nutzen.

Herzog Ernst wandte sich inzwischen auch an seinen Vetter Herzog Philipp im Lager vor Münster, um »vff gut vertragen« in Erfahrung zu bringen, ob der Bischof Unterhandlungen gestatten werde.⁷⁹ Philipp gab Franz von Waldeck das Schreiben zur Kenntnis, so berichtete er am 11. Juli, und erhielt zur Antwort, der Bischof und die Landschaft seien entschlossen, die Stadt zu erobern, weil das Vorhaben der Täufer unchristlich und unerhört sei, auch die Zerstörung aller Polizei daraus folge und bereits eine erhebliche Summe Geldes für die Kriegshandlungen verwendet worden sei.⁸⁰ Als Herzog Ernst am 15. Juli wiederum an Kurfürst Johann Friedrich schrieb, informierte er ihn darüber nicht, sondern teilte nur mit, im Stift Münster hingen noch viele dem evangelischen Glauben an, doch die »Pfaffenschaft« trachte wohl danach, nicht allein die Irrtümer der Täufer, sondern auch die »reine Lehre des göttlichen Worts« zu verfolgen und auszurotten.⁸¹

IV. Einbeziehung aller Reichsstände in die Hilfe?

Der Kaadener Vertrag vom 29. Juni regelte Ferdinands Anerkennung als König durch Kursachsen und den Status Württembergs.⁸² Auch verlangte er von Hessen und Württemberg Reiterdienste zugunsten des Bischofs von Münster. Darüber sollten die Räte Kurfürst Johann Friedrichs mit beiden Fürsten verhandeln, »dieweil dieselbige Sach keinen Verzug leiden kan.«⁸³ Der Landgraf sollte 1500 gerüstete Pferde, 3000 gute Knechte sowie Geschütz »jetzo alsbald für Münster schicken / dieselbige Stadt in Nahmen und Befelch der Kays. Majest eröbern helffen / und daß dieselben Reuter und Knecht der Kön. Maj. verwandt seyn / und sich derselben Befelch halten sollen.«⁸⁴

Am 30. Juni wurde die Instruktion ausgefertigt, derzufolge Anacker von Wildenfels und Hans von Dolzig die Verhandlungen mit Hessen und Württemberg führen sollten.⁸⁵ Am 15. Juli trafen sie sich mit Philipp. Dieser erklärte sich zwar bereit, den Vertrag zu erfüllen, machte aber Vorbehalte gegen die ihm und dem Württemberger abverlangten Reiterdienste geltend.⁸⁶ Er holte weit aus, um zu erklären, warum es beschwerlich sei, diesen Vertragspunkt zu erfüllen: Er sei der erste Fürst gewesen, der den Bischof unterstützt habe, indem er 1000 Knechte und einen Teil seines besten Geschützes zur Verfügung stellte. Es sei nicht abzusehen gewesen, daß er selbst vor

einem beschwerlichen Zug stehe. Er sei auch künftig zur Hilfe bereit, doch belaste ihn und Herzog Ulrich die ihnen auferlegte Verpflichtung schwer, da der Württemberger Zug erhebliche Kosten verursacht habe. Auf sein Ersuchen hin hätten sich Kurköln, Kleve und Kurtrier zur Unterstützung des Bischofs bereit erklärt. Sollte mit dem Erdwall nichts erreicht werden, würden auch 500 Pferde und 3000 Knechte nichts nützen. Schließlich gab Philipp zu bedenken, es handle sich um eine Sache, die die Königliche Majestät angehe und an der Kurfürsten, Fürsten und Reichsstände teilhaben sollten. Man solle deshalb die Bürde nicht allein ihm auferlegen, sondern eilends einen Reichstag ausschreiben und dort verhandeln lassen, »das die stende gemeinlich darzu thun, wie es dan auch ein gemein sach ist.«⁸⁷ Der sächsische Kurfürst solle das dem König vortragen und diesen den Krieg gegen Münster ausrichten lassen.

Philipp leitete mit seinem Vorschlag die Bemühungen um Hilfe für den Bischof in eine neue Bahn. Denn jetzt ging es nicht mehr darum, die Nächstgesessenen zu mobilisieren, sondern alle Reichsstände einzubeziehen. Nach der Kenntnisnahme des Berichts verhehlte Kurfürst Johann Friedrich in einem weiteren Schreiben an Philipp vom 21. Juli seine Enttäuschung nicht, unternahm aber einen zweiten Anlauf, die Zustimmung des Hessen zu erreichen.⁸⁸ Ausführlich ging Johann Friedrich auf den Vorschlag ein, einen Reichstag auszuschreiben. Werde die Stadt nicht erobert, so argumentierte er, gebiete es die Sache, einen Reichstag zu veranstalten. Doch der König und seine Unterhändler würden darin unzweifelhaft einen »nachteiligen Verzug« sehen. Da ein Reichstag schwerlich vor Ende September zusammentreten könne und niemand wisse, ob der Bischof die Söldner so lange zu halten in der Lage sei, folge daraus eine spürbare Stärkung der Täufer.

Am 26. Juli bekräftigte Landgraf Philipp seine ablehnende Haltung.⁸⁹ Den bekannten Gründen fügte er jetzt hinzu, er müsse den Herzog von Holstein im Krieg gegen Lübeck unterstützen. Auch könne er die Bauern seines Landes nach dem Württemberger Zug nicht noch stärker belasten. Schließlich bestehe Hoffnung, daß Münster nun bald erobert werde. Auch habe der Bischof bei ihm um keine weitere Hilfe angesucht. Wenn aber Johann Friedrich und andere Fürsten sich entschließen sollten, ihr Kriegsvolk nach Münster zu führen, wolle er die Reiter und Knechte aufbringen. Doch ihm scheine, es falle auch dem Kurfürsten schwer, sich zu beteiligen, denn er habe »noch zur zeyt, vnsers wissens, zu dem handel nichts gethann.«⁹⁰ In seiner Antwort vom 5. August ging Johann Friedrich nur noch kurz auf die Angelegenheit ein.⁹¹ Er habe zwar gehofft, der Landgraf werde die Hälfte der Reiterdienste übernehmen. Weil er dies aber ab-

schlage, habe er König Ferdinand unterrichtet. Von der Sache ist in der folgenden Zeit nichts mehr zu hören.

Im Lager vor Münster war die Lage prekär, da angesichts des ausbleibenden Erfolgs, des wiederholt nicht gezahlten Soldes und der anhaltenden Belagerung die Knechte nur schwer zu halten waren. 3000 Bauern waren Tag und Nacht am Werk, um den Wall aufzuwerfen und einen neuen Sturmangriff vorzubereiten.⁹² Es wurde errechnet, daß dafür 9000 Arbeitskräfte gebraucht würden. Doch diese Zahl konnte zu keiner Zeit aufgeboten werden. Die Hoffnung, Münster bald einnehmen zu können, scheint durch Nachrichten über Konflikte in der Stadt wegen der polygamen Ehe genährt worden zu sein. Das war wohl für den Obersten Feldhauptmann und die Kriegsräte der Anlaß, am 31. Juli zu erklären, wer aus der Stadt entweiche und Gnade begehre, dem werde Geleit und Begnadigung gewährt.⁹³

Am 5. August kamen der Kölner Kurfürst und weitere Fürsten in das Feldlager vor Münster, um mit dem Bischof und den Kriegsräten die nächsten Schritte zu beraten, da die Hilfgelder aufgebraucht und die Knechte in der ersten Augustwoche ohne Sold geblieben waren.⁹⁴

Daraufhin wandte sich Franz von Waldeck am 10. August mit gleichlautenden Schreiben an König Ferdinand, die Kurfürsten von Mainz, Trier, Brandenburg, Sachsen und der Pfalz, an die Herzöge von Braunschweig und Sachsen, an den Landgrafen von Hessen und den Bischof von Lüttich.⁹⁵ Er verwies auf die Gefahren, die der ganzen deutschen Nation drohten, und auf seine Bemühungen, den Täufern Widerstand zu leisten. Doch es sei in den vergangenen sieben Monaten nicht gelungen, die Münsterischen zum Gehorsam zu bringen. Da die Stadt stark befestigt sei, könne er angesichts der bisherigen Belastungen ohne die Hilfe der Reichsstände den Krieg nicht weiter betreiben. Deshalb ersuchte er die Angeschriebenen, den schrecklichen Handel und die absehbaren Folgen zu beherzigen und mit einer stattlichen Summe Geldes zu helfen. Daran müsse jedem gelegen sein.⁹⁶ Mit Ausnahme von Hessen und der Kurpfalz erhielt der Bischof nur negative Antworten.⁹⁷

Der nächste Schritt war am 19. August ein Treffen Franz von Waldecks mit dem Kurfürsten von Köln und dem Herzog von Kleve in Essen.⁹⁸ Der Bischof informierte über die Lage vor der Stadt und verwies darauf, den Abschieden von Orsoy und Neuss sei bisher nicht in allen Artikeln entsprochen worden. Im Ergebnis wurde am 20. August ein Abschied vereinbart⁹⁹, demzufolge Kurköln und Kleve einwilligten, gemäß dem letzten Neusser Abschied 40 000 Gulden für einen weiteren Monat vorzustrecken, einen Teil davon sofort auszuzahlen und den Rest möglichst bis Ende August aufzubringen, um den rückständigen Sold zu zahlen und die Einwilligung der Knechte zu

einem neuen Sturmangriff zu erlangen. Bei dessen Vorbereitung sollte der Bischof den Rat der Kriegsräte einholen. Dem Ersuchen Franz von Waldeck, der Kurfürst und der Herzog sollten sich in die Nähe Münsters begeben, auch ihren Kriegsräten noch etliche Leute beordnen, wollten beide nachkommen. Kurköln übermittelte die Gelder bis zum 3. September, Kleve bis zum 9. September.¹⁰⁰

Am 25. August wurden die Täufer aufgefordert, die Stadt zu übergeben. Am 27. August begann eine viertägige Beschießung, am Morgen des 31. August der Angriff. Die Täufer wehrten ihn ab, so daß es ein zweites Mal mißlang, die Stadt im Sturm einzunehmen. Die Nachricht wurde sofort mehreren Fürsten übermittelt. Angesichts der prekären Lage trafen sich am 2. September der Kurfürst von Köln und seine Räte, die klevischen Kriegsräte sowie der Bischof und die Verordneten des Stifts im Lager zu St. Mauritz.¹⁰¹ Ein Bericht vom 3. September dokumentiert die schwierigen Beratungen.¹⁰² Bischof und Ritterschaft erklärten, nach dem vergeblichen Sturm wüßten sie kein weiteres Geld für den Kriegshandel aufzubringen und schlugen vor, Kurköln und Kleve sollten die Sache »vßfuerenn vnndt den Stifft vnnd Landtschafft annemenn«.¹⁰³ Geschehe das nicht, müßten sie bei anderen Fürsten und insonderheit bei Burgund Hilfe suchen, »vnnd derhalben viel handelung hin vnnd widder gepflegt.«¹⁰⁴

Zuletzt wurde vorgeschlagen, die Verordneten des Stifts Münster sollten den Plan prüfen, sechs Blockhäuser aufzuschlagen. Die Kosten für 300 dort zu stationierende Reisige sollte das Stift übernehmen. Der Kölner Kurfürst willigte ein, bis zur Errichtung der Blockhäuser für die Söldner und danach für die zu stationierenden Knechte über den in Essen bewilligten Monat hinaus für einen weiteren Monat ein Drittel von 50 000 Embder Gulden zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Drittel sollte das Stift Münster übernehmen. Die Klever Räte sagten zu, die Sache ihrem Herrn vorzutragen. Den Vertretern des Stifts wurde aufgetragen, inzwischen zu bedenken und sich schriftlich zu äußern: Wenn der Handel sich länger als zwei Monate hinziehe und Kurköln und Kleve nicht weiterhelfen könnten, »welcher gestalt Keyserliche Maj[estät], auch andere Furstenn vnnd herenn alßdann vmb wyter hilff, trost vnnd bystandt anzuruffenn werenn«.¹⁰⁵

Mit dem Vorschlag, die Blockhäuser einzurichten, zeichnete sich eine neue Entwicklung ab – die Umorientierung von der Blockade der Stadt mit dem Ziel ihrer baldigen Eroberung durch einen Sturmangriff auf eine Belagerung von längerer Dauer, um durch die Sperrung aller Zufahrtswege die Täufer zu isolieren und auszuhungern. Diese Änderung resultierte sowohl aus der Tatsache, daß die bisherigen Mittel sich als untauglich erwiesen hatten, als

auch dem Faktum, daß angesichts des nahenden Winters die Vorbereitung eines neuen Sturmangriffs nicht möglich war.

V. Der Kurfürstentag zu Mainz

Nach dem mißlungenen Sturm bestand die Gefahr, daß das Feldlager sich auflöst. Besorgt wandten sich am 5. September Angehörige des Domkapitels und der Ritterschaft an den Bischof: Nachdem er und die anderen Fürsten sowie Hintersassen des Adels abgezogen seien, verliefen sich die Knechte. Sie ersuchten deshalb den Bischof, in das Lager zurückzukehren. Auch befürchteten sie, die geplanten Blockhäuser könnten nicht besetzt werden, da weder Geld noch Proviant vorhanden sei.¹⁰⁶ Drei Tage später – am 8. September – informierten sie den Bischof, die Landsknechte würden größtenteils abziehen und seien nur durch die Zusage von mehr Sold aufzuhalten.¹⁰⁷ Am 14. September entschied der Landtag zu Telgte, die Blockhäuser zu errichten. Anfang Oktober waren trotz mancher Schwierigkeiten sieben Blockhäuser und sieben Reiterlager fertiggestellt. Ihre Unterhaltung verursachte weniger Kosten als die Bezahlung der Reiter und Knechte in den Lagern.¹⁰⁸ Dennoch war die Geldknappheit ein Dauerthema der nächsten Monate.

Offensichtlich kam nun der Prozeß in Gang, über den Kreis der Nächstgekommenen hinaus die Hilfe weiterer Stände zu gewinnen, um die Blockhäuser zu finanzieren. Am 6. September ersuchte Franz von Waldeck den Herzog von Kleve, die Stände des niederrheinisch-westfälischen Kreises nach Köln zu laden.¹⁰⁹ Herzog Johann versandte indes Einladungen nicht nur in seinem Kreis, sondern wandte sich auch an Stände im oberrheinischen und obersächsischen Kreis. Damit überschritt er seine Kompetenzen. Auch andere Fürsten wurden aktiv. Der Kurfürst von Köln bot Franz von Waldeck an, sich nach Mainz, Trier und Lüttich zu begeben, um dort Unterstützung einzuwerben.¹¹⁰ Für diese Reise ließ der Bischof Instruktionen erarbeiten, die die Handlungen der Täufer in Münster ausführlich rekapitulieren.¹¹¹ Hier findet sich auch die Information, bisher hätten 600 000 Gulden für die Belagerung aufgebracht werden müssen.¹¹² Philipp von Hessen erbot sich, mit Kurfürst Johann Friedrich und Herzog Georg von Sachsen sowie Herzog Erich von Braunschweig und weiteren Fürsten in Verbindung zu treten.¹¹³ Herzog Johann von Kleve schickte eine Gesandtschaft an den sächsischen Kurfürsten.¹¹⁴ Dessen Antwort vom 28. September konzentrierte sich wiederum auf das Anliegen, Münster nach der Eroberung nicht der »Pfaffheit« zu überlassen, sondern das evangelische Bekenntnis zu sichern. Einen eigenen finanziellen Beitrag stellte der Kurfürst nicht in Aussicht, trug aber seine Vorstel-

lung vor, wie das Bistum vor dem Zugriff »fremder Potentaten« gesichert werden könne.¹¹⁵

Zurückhaltend fielen auch die Reaktionen anderer Fürsten aus. Mitte September schickte der Kölner Kurfürst eine Gesandtschaft an den Würzburger Bischof.¹¹⁶ Auf deren Werbung antwortete Konrad von Thüngen am 29. September, es stehe nicht im Vermögen von einem, zwei oder drei Fürsten, solches Übel abzuwenden und auszurotten. Der Kurfürst von Köln und der Bischof von Münster sollten deshalb zu einem Tag einladen und dort ratschlagen, wie die Blockhäuser und das Kriegsvolk über den Winter hinweg unterhalten werden können. Er sei bereit, zu dem Tag einen Gesandten zu schicken.¹¹⁷ Der Mainzer Kurfürst Albrecht von Brandenburg erklärte sich am 10. September zu finanzieller Hilfe bereit, verwies aber auf die schwierige Lage in seinem Territorium und die Belastung mit »stattlichen Ausgaben«. Deshalb schlug er vor, Kaiser und König zu bitten, bei den anderen Kurfürsten und Fürsten anzufragen, was sie für gut und förderlich ansehen würden.¹¹⁸

Johann Friedrich von Sachsen blieb bei seiner ablehnenden Haltung. Am 20. September teilte er Franz von Waldeck mit, er sei durchaus geneigt, neben anderen Ständen zu helfen, zeigte sich aber wiederum besorgt, nach Einnahme der Stadt könne die »verführerische päpstliche Lehre« erneuert werden. Das könne er vor seinem Gewissen nicht verantworten und deshalb auch die erbetene Geldhilfe nicht leisten, es sei denn, daß diejenigen, die in der Stadt an der christlichen Lehre festhalten, nach der Eroberung nicht auf gleiche Weise wie die Täufer abgestraft werden. Auch werde dem Bischof sicher Hilfe gewährt, wenn er um die Ausschreibung eines Reichstags ansuche.¹¹⁹ Herzog Georg von Sachsen antwortete am 15. September, er wolle es an nichts fehlen lassen, wenn auch andere Reichsstände sich zur Hilfeleistung bereit erklärten.¹²⁰ In einem Schreiben an König Ferdinand vom 16. September gab er zu bedenken, eine allgemeine Hilfe von allen Ständen des Reiches aufbringen zu lassen.¹²¹

Die Bemühungen Franz von Waldecks führten bisher zu dem Ergebnis, daß mehrere Fürsten beteuerten, ihn unterstützen zu wollen, aber keine konkrete Hilfe zusagten. Übereinstimmend erklärten sie sich dazu bereit, wenn andere Fürsten sich beteiligten. Damit gewann das Projekt an Bedeutung, die Hilfsaktion auf mehrere Reichskreise zu verlagern. Der Herzog von Kleve war nach der Zusammenkunft in Essen entschlossen, nicht nur die Stände des niederrheinisch-westfälischen, sondern auch des oberrheinischen und ober-sächsischen Kreises anzusprechen.¹²²

Franz von Waldeck war interessiert, daß in weitere Beratungen Kursachsen

und Hessen einbezogen werden.¹²³ Da der sächsische Kurfürst bei seiner ablehnenden Haltung blieb, bemühte sich Landgraf Philipp am 1. Oktober, ihn doch noch umzustimmen.¹²⁴ Der Kurfürst wollte die vereinbarte Zusammenkunft am 16. Oktober in Fulda abwarten. Mit Schreiben vom 4. Oktober suchte Hessen zudem, weitere Fürsten für die Finanzierung der Blockhäuser zu interessieren – Kurmainz, Kurtrier, Kursachsen, die Kurpfalz, den Herzog von Sachsen und den Bischof von Würzburg.¹²⁵ Die Antworten fielen wiederum zurückhaltend aus und wiederholten bekannte Argumente. Der pfälzische Kurfürst informierte den Landgrafen am 13. Oktober, er habe sich beim kürzlichen Besuch des Kölner Kurfürsten mit diesem verständigt, in Kürze in Mainz zusammenzutreten. Bei dieser Gelegenheit könne auch über die Münstersche Sache beraten werden. Er solle sein Ansuchen deshalb dorthin richten. Um die umsitzenden Fürsten in die Hilfe für Münster einzubeziehen, solle alsbald ein Tag der Kurfürsten und Fürsten ausgeschrieben werden.¹²⁶

Am Kurfürstentag in Mainz am 1. Oktober nahmen königliche Räte, Kurmainz, Kurköln, Kurtrier und die Kurpfalz teil.¹²⁷ Kurköln trug die münsterische Werbung vor.¹²⁸ Ausführlich wurde über das bisherige Geschehen in und um Münster berichtet. Kurköln schlug – auch im Namen Kleves – vor, die königlichen Räte sollten die Sache König Ferdinand vortragen, um gemäß dem Reichsabschied von 1526 zum einen eine eilende Hilfe zur Unterhaltung der Blockhäuser zu beschließen, bis die Stadt nach dem Winter erneut im Sturm angegriffen werden könne, zum anderen bedenken, »wie die Stadt Munster nach außgangk dießer winterliger zeit mit einem gewaltigenn zeuge sult angegriffenn vnnd zu gehorsam bracht werden.«¹²⁹ König Ferdinand solle deshalb einen Tag ausschreiben, um darüber zu beraten.

Die Räte der anderen Kurfürsten antworteten, die Sache sei wichtig, aber auch beschwerlich.¹³⁰ Da der Handel nicht nur die Kurfürsten, sondern auch andere Fürsten und Reichsstände angehe, und nicht wieder – wie im Sommer – unnütze Kosten entstehen sollten, erachteten sie es für notwendig, den oberrheinischen, niederländischen und westfälischen Reichskreis einzubeziehen.¹³¹ Die Unterhaltung der Blockhäuser sollten über den Winter oder bis zu der vorgeschlagenen Zusammenkunft Kurköln, Kleve und andere benachbarte Fürsten und Stände tragen. Der beste Weg sei es, wenn der Bischof die ausschreibenden Fürsten der drei Kreise ersuche, zu einem gemeinsamen Kreistag einzuladen. Die kurkölnischen Räte waren mit der vorgeschlagenen Finanzierung der Blockhäuser nicht einverstanden und erbaten eine neue Stellungnahme.

Schließlich verständigten sich alle auf den folgenden Abschied: Erstens soll

der Bischof von Münster allein oder zusammen mit Kurköln und Kleve die vornehmsten Fürsten des oberrheinischen und niederrheinisch-westfälischen Kreises ersuchen, alle geistlichen und weltlichen Stände zum 13. Dezember nach Koblenz zu laden. Sie sollen persönlich erscheinen oder sich durch bevollmächtigte Botschaften vertreten lassen und am nächsten Tag beraten, wie der Bischof gemäß den Reichsabschieden oder aus Notdurft bis zum Frühjahr unterstützt werden könne, um die Blockhäuser zu unterhalten. Zweitens soll der Bischof von Münster den Kurfürsten von Mainz oder dessen Statthalter bitten, auch die zum kurrheinischen Kreis gehörenden Stände einzuladen.

Kurköln und Kleve wurden noch nicht von der Bürde der münsterischen Hilfe entlastet, zumal die vorgeschlagene Versammlung der Kreise in Koblenz erst Mitte Dezember stattfinden sollte. Andererseits war nun vorgezeichnet, wie der Kreis derer, die zur Unterhaltung der Blockhäuser beitragen sollten, erweitert werden konnte. Mehrere Seiten hatten darüber hinaus vorgeschlagen, die Angelegenheit König Ferdinand vorzutragen, und einige Fürsten hatten ihn aufgefordert, Schritte einzuleiten, um weitere Reichsstände an der Hilfe zu beteiligen. Der König unterrichtete am 16. August Kaiser Karl V. über die »geschwinden Läufe« im Reich und meinte damit vornehmlich die konfessionellen Probleme.¹³² Er gab zu bedenken, ob ein Reichstag dienlich sei, um den Glaubenszwiespalt zu überwinden, da das erhoffte Konzil in Kürze nicht stattfinden werde. Karl V. antwortete am 27. September, er halte einen Reichstag für angemessen, doch vor einer Ausschreibung solle die Meinung der Kurfürsten, Fürsten und Stände eingeholt werden.¹³³ Obwohl in dieser Korrespondenz von dem Münsterischen Handel direkt keine Rede war, nahm Ferdinand dieses Thema später als Landfriedensproblem in die Werbung der Gesandtschaften auf, die er an verschiedene Höfe schickte.¹³⁴ Am 5. September hatte der Kölner Kurfürst den König über das »beschwerliche Wesen der Stadt Münster« unterrichtet. Ferdinand antwortete am 6. Oktober, er habe Karl V. informiert und erwarte von ihm Bescheid. Auch ersuchte er den Kurfürsten, ihn über den Tag zu Mainz zu unterrichten. Er wolle dem Kaiser davon Kenntnis geben und dann mit den Kurfürsten, Fürsten und anderen Reichsständen alles unternehmen, um das christliche Wesen, Ruhe, Frieden und Wohlfahrt im Reich zu erhalten.¹³⁵

VI. Der Kreistag zu Köln und weitere Treffen

Die Hilfe mehrerer Reichskreise rückte zwar näher, aber beschlossen war bisher nichts. Franz von Waldeck war jetzt vor allem bemüht, den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen.¹³⁶ Als die Partner des Kaadener Vertrags

sich am 17. Oktober in Fulda trafen, nutzte der Bischof das Angebot Johann Friedrichs, eine Gesandtschaft dorthin zu schicken.¹³⁷ Diese unterrichtete den Kurfürsten über den Stand der Belagerung und die schwierige Situation, aber Johann Friedrich gab keine definitive Antwort, sondern verwies auf seine bevorstehende Reise nach Düsseldorf, wo er sich mit Herzog Johann beraten wolle. Am 30. Oktober informierten Johann Friedrich und Johann den Kurfürsten von Köln über ihre Beratungen und luden ihn zum 4. November nach Essen ein. Bischof Franz sollte am 5. November hinzugezogen werden.¹³⁸

Bevor es zu diesem Treffen kam, wandte sich Franz von Waldeck am 21. Oktober an Herzog Georg von Sachsen, um mit seiner Hilfe den obersächsischen Reichskreis zu mobilisieren.¹³⁹ Die Werbung referiert zuerst den ganzen Hergang, um dann Georg zu ersuchen, er solle die Stände des obersächsischen Kreises auffordern, neben den anderen geladenen Kreisen in Koblenz zu erscheinen. Die Summe der bisher verausgabten Gelder beziffert er jetzt mit 700 000 Gulden. Ein beigefügtes Blatt informiert: Da die Sache keinen Verzug dulde, habe er die Einladung drucken lassen und lege eine Anzahl Exemplare bei, so wie er es auch im Fall der anderen kreisausschreibenden Fürsten gehandhabt habe. Georg antwortete erst am 27. November, es sei ihm angesichts der Weitläufigkeit des obersächsischen Kreises nicht möglich, das Einladungsschreiben allen Kreisständen in so kurzer Zeit zu übermitteln. Auch sei er nicht der vornehmste Fürst des Kreises. Der Bischof möge sich deshalb an den Kurfürsten von Sachsen oder den von Brandenburg wenden.¹⁴⁰

Am 25. Oktober trat der niederrheinisch-westfälische Kreistag in Köln zusammen. An ihm nahmen nur Botschaften von Kurköln und Kleve, des Stifts Münster und des Bischofs von Lüttich, des Abts zu Cornelimünster, des Grafen von Tecklenburg sowie der Städte Köln, Aachen und Dortmund teil.¹⁴¹ Die Gesandten des Bischofs schilderten gemäß ihrer Instruktion¹⁴² eindringlich den bisherigen Hergang, die unternommenen Schritte und die möglichen schlimmen Folgen für das Reich. Werde der schreckliche Handel nicht beendet, sei zuletzt »ein gemeine emborung uproir und gruwsam bloitvergeten im hilligen Rich und durch die gantze duitsche nation gewisslich to besorgen«.¹⁴³ Auch verwiesen sie auf den Abschied des Speyerer Reichstags von 1526 als Grundlage für die Regelung der Hilfe.

Die Botschaften einigten sich nach Beratung auf den folgenden Abschied¹⁴⁴: Erstens verwiesen sie auf den bevorstehenden Tag zu Koblenz am 13. Dezember. Auch seien einige Kreisstände nicht erschienen, andere nicht bevollmächtigt, einen Abschied anzunehmen. Deshalb solle die Vereinbarung

einer beharrlichen Hilfe bis zu dem Koblenzer Tag aufgeschoben werden. Die Erschienenen sollten jedoch alle anderen anhalten, ihre bevollmächtigten Botschaften zu dem Koblenzer Tag zu entsenden. Zweitens solle als eilende Hilfe jeder Kreisstand eine Summe Geldes in Höhe der letzten Veranlagung zur Türkensteuer zur Verfügung stellen. Diese Summe solle ihnen bei einer späteren Veranlagung angerechnet werden. Drittens solle der Herzog von Kleve die abwesenden Kreisstände ersuchen, sich nach diesem Abschied zu richten.

Franz von Waldeck erhielt im Ergebnis des Kurfürstentages zu Mainz und des Kreistages zu Köln trotz eindringlicher Darstellung der Gefahren immer noch nicht die erwartete und für ihn unentbehrliche Hilfe. Seine Lage war inzwischen prekär geworden: Die Täufer in Münster riefen im September nicht nur Jan von Leiden zum »König von Zion« aus, sondern sandten am 13. Oktober Apostel aus. Einige Orte schlossen sich den Täufern an, so daß der Bischof das besetzte Warendorf erst wieder zurückerobern und einige weitere Orte zum Gehorsam bringen mußte. Franz von Waldeck ersuchte den Kurfürsten von Köln sofort um eine Unterredung, und dieser schlug ein Treffen am 27. Oktober in Geseke vor.¹⁴⁵ Es ist nicht bekannt, was dort verhandelt wurde, aber der Kurfürst änderte nun seine Haltung gegenüber den evangelischen Verbündeten des Bischofs. »Nach dem Scheitern seiner Bemühungen auf dem Kurfürstentag zu Mainz war er wohl um so eher bereit, neue Verbündete zu gewinnen, als die dort beschlossene Einberufung der drei Kreise nach Koblenz zum 13. Dezember dem ... Kreistag zu Köln (25. Okt.) jede Bedeutung zu nehmen drohte. Zudem hatten die Aussendung der münsterischen Apostel und die Ereignisse in Warendorf und Soest bewiesen, daß noch immer die Gefahr einer Ausweitung des täuferischen Aufruhrs drohte. Jeder neue Verbündete mußte in dieser Situation willkommen sein, ungeachtet der politischen Differenzen zwischen den einzelnen Fürsten.«¹⁴⁶

Um mit Landgraf Philipp in ein Verständnis zu kommen, stimmte Hermann von Wied der von Hessen vorgeschlagenen Entsendung des evangelischen Geistlichen Dietrich Fabricius nach Münster zu. Die hessische Aktion wurde nun vom Bischof und vom Kölner Kurfürsten gebilligt. Beabsichtigt war, mit den Täufern zu verhandeln, um den »rechten Glauben« zu erhalten und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Fabricius hielt sich am 2. und 3. November in der Stadt auf. Philipp setzte inzwischen seine Bemühungen fort, die Unterstützung weiterer Fürsten zu gewinnen. Am 25. Oktober ersuchte er Kurfürst Ludwig von der Pfalz, seine Räte am 15. November zu einem Tag der »Rheinischen Einung« nach Oberwesel zu entsenden.¹⁴⁷ Er bat um Verständnis, daß

er diesen Tag einberufe, aber er sitze dem münsterischen Handel am nächsten. Im gleichen Sinne habe er auch an Kurmainz, Kurtrier und Würzburg geschrieben.¹⁴⁸ Obwohl der Mainzer Kurfürst die Zeit für etwas kurz hielt, fielen die Antworten der angeschriebenen Fürsten zustimmend aus.¹⁴⁹ Bei mehreren Fürsten gingen inzwischen Schreiben König Ferdinands vom 2. November ein, mit denen er über seine Bemühungen informierte, eine Verständigung wegen der münsterischen Hilfe herbeizuführen.¹⁵⁰ Angesichts der bisher ausgebliebenen effektiven Unterstützung wuchs das Interesse, Kursachsen endlich zu einer positiven Entscheidung zu bewegen. Eine solche zeichnete sich erstmals ab, als Johann Friedrich sich bereit erklärte, von Fulda nach Kleve zu reisen. Vom 5. bis 8. November trafen sich die Kurfürsten von Köln und Sachsen, der Herzog von Kleve und der Bischof von Münster in Essen.¹⁵¹ In Vorbereitung auf das Treffen verständigten sich Kleve und Kurköln, wie sie sich verhalten sollten, wenn sie aufgefordert würden, das Stift Münster zu übernehmen. Darüber berieten sie am 5. November mit dem sächsischen Kurfürsten und überzeugten ihn, daß dieser Schritt nicht zu umgehen sei, wenn das Stift einer fremden Macht zuzufallen drohe. Bedenken trug Johann Friedrich dagegen, ob der Tag zu Koblenz eine Hilfe beschließen oder eine Entscheidung bis zu einem künftigen Reichstag verschieben werde. Um die Belagerung zu gewährleisten, erklärte er sich nun mit den Nächstgesessenen zur Hilfeleistung bereit. Im Anschluß berieten die Fürsten mit ihren Räten über eine eilende Hilfe, einen gemeinsamen Brief an König Ferdinand und über notwendige Maßnahmen für den Fall, daß die Reichshilfe nicht zustande komme.

Die von Bischof Franz am 6. November vorgetragene Werbung zielte darauf ab, vor dem Koblenzer Tag weitere Hilfgelder sowie die erste Essener Hilfe in voller Höhe zu erhalten. Der Abschied vom 8. November¹⁵² besagt, die Versammelten hätten erwogen und befunden, daß eine von König Ferdinand ausgeschriebene »gemeine Reichsversammlung« nützlich sein könne, um über die Unterhaltung der Blockhäuser zu beraten und zu beschließen. Er verweist auf den vorgesehenen Tag zu Koblenz und legt fest, daß Kurköln und Kleve für den vergangenen Monat zwei Teile und der Bischof einen Teil des Soldes übernehmen, wie es in den vorherigen Abschieden geregelt wurde. Für den laufenden Monat beteiligt sich auch Kursachsen an den Kosten, so daß auf jeden der vier Fürsten ein Viertel entfällt. Dieses Geld soll den drei Fürsten auf dem Koblenzer Tag erstattet oder von der dort zu beschließenden Hilfe abgezogen werden.

Um sich über die Situation der Landsknechte vor Münster zu informieren, soll jeder der drei Fürsten einen Mann in das Feldlager delegieren, um die

Blockhäuser besichtigen zu lassen, die Ordnung unter den Knechten zu erkunden und gegebenenfalls Mißstände abzustellen. Auch sollen sie prüfen, ob über den Winter Reislage benötigt werden. Der Bischof sagte zu, dem Kölner Kurfürsten die Musterrollen zu übergeben, um errechnen zu können, welche Summe Geldes für die Soldzahlung benötigt werde. Bischof, Domkapitel und Landschaft verpflichteten sich zudem, mit keinem Fürsten in Verhandlungen wegen des Stifts einzutreten und dieses nicht in fremde Hände zu geben. Der Bischof erklärte sich auch einverstanden, daß die Fürsten nochmals mit den Täufern in Münster unterhandeln, um sie von ihrem Irrglauben abzubringen und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Dieser Passus scheint auf das Drängen Johann Friedrichs zurückzugehen.

Am 8. November wurde das Schreiben an König Ferdinand ausgefertigt.¹⁵³ Die Fürsten informierten ihn über die jüngsten Ereignisse in Münster (Königtum Jan von Leidens, Aussendung der Apostel) und erklärten: Da »aus allerlei bewegenden Ursachen« anzunehmen sei, in Koblenz werde keine Hilfe beschlossen, seien sie auf die kaiserliche und königliche Unterstützung sowie die aller Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches angewiesen. Sonst würden weitere Empörungen wider die Obrigkeiten nicht ausbleiben. Die Notdurft erfordere deshalb die Ausschreibung eines Reichstags.

Über das Ergebnis der Verhandlungen in Essen unterrichteten die Fürsten die benachbarten Regenten, darunter auch Hessen. Um den Abschied umzusetzen, wurde am 9. November die Instruktion für die in das Feldlager zu entsendenden kurkölnischen, klevischen und kursächsischen Räte ausgefertigt. Sie hielten sich seit dem 15. November in Wolbeck auf und übermittelten ihre Beobachtungen und Vorschläge am 17. November den drei Fürsten.¹⁵⁴ Inzwischen liefen die Vorbereitungen für den Koblenzer Tag weiter. Schwierigkeiten traten auf, da Franz von Waldeck nicht immer genau informiert war, wer in den Reichskreisen für die Einladung zuständig war. Für Hessen stand zudem der Tag zu Oberwesel im Vordergrund.

VII. Der Tag zu Oberwesel

Am Tag der »Rheinischen Einung« zu Oberwesel am 16. November nahmen Botschaften von Kurmainz, Kurtrier, Kurpfalz, Würzburg und Hessen teil.¹⁵⁵ Die Beratungen sind gut zu verfolgen, weil neben einigen Instruktionen und dem Abschied auch ein Protokoll überliefert ist.¹⁵⁶ Die hessische Instruktion besagte, die Gesandtschaft solle zuerst den beschwerlichen Handel in Münster darstellen, so wie Franz von Waldeck ihn in seinem Schreiben wiedergebe. Dann sollen die Fürsten beraten, wie sie zur Unterhaltung der Blockhäuser beitragen können. Wenn sie eine Entscheidung aufschieben wollen,

sollen die hessischen Räte dazu keineswegs raten. Denn wenn die Blockhäuser aufgegeben werden müßten, werde der gemeine Mann sagen, dies sei Gottes Wille. Deshalb sollen sie werben, daß jeder Kurfürst und Fürst die Kosten für ein halbes Blockhaus übernimmt.¹⁵⁷

Mit Schwierigkeiten bei den Verhandlungen war zu rechnen. Das gibt schon die Würzburger Instruktion zu erkennen.¹⁵⁸ Die Gesandten waren instruiert, bei ihrer Ankunft in Oberwesel sich mit den kurpfälzischen Vertretern zu verständigen, um möglichst einmütig zu votieren. Angesichts der drohenden Gefahren sei Hilfe erforderlich, aber die Bürde sei von allen zu tragen. Da im Sommer in Münster nichts ausgerichtet wurde, habe man sich entweder nicht »mit dem ernst vnd vleiß, wie sich wol geburt«, der Sache angenommen, oder mit dem Kriegsvolk und den Rüstungen gegen die Stadt Münster nichts auszurichten vermocht, »vnd doch zu letzt mit spot vnd schaden widerumb dauon lasen muste.«¹⁵⁹ Deshalb sollten, ehe man in der Sache etwas beschließe, einige in Kriegssachen erfahrene Männer in das Feldlager geschickt werden, um zu erkunden, ob die Stadt erobert werden könne oder das unmöglich sei, damit künftig nicht unnötige Kosten entstünden. Auch sollte die Würzburger Gesandtschaft vorschlagen, die Reichskreise zu einem Tag zu laden. Würden die anderen Gesandtschaften die Unterhaltung der Blockhäuser für notwendig ansehen, »sollen sie es in allweg mit benennung der hilff, wieuill, wie lang, wa mit vnd wahn die beschehen solle, lauter abreden, damit es in kunfftig zeit kainer disputirung bedorf«.¹⁶⁰

Die Beratungen begannen mit dem Vortrag der hessischen Räte, wie der Handel gegen die Täufer in Münster bisher verlaufen sei. Der Landgraf habe diesen Tag ausgeschrieben »mit anzeig, das die sache (wohe der nit widerstrebt) schwerer vnd harter sein werde dan die verganngen beurisch vffzur.«¹⁶¹ Sie seien verordnet, um gemeinsam die nötige Hilfe zu bedenken. Denn wenn der Bischof die Belagerung aufgeben müsse, werde der »angemaßte König« – das ist Jan von Leiden – die Obrigkeiten vernichten. Auch würden dann etliche große Reichsstädte oder das Stift vom Reich abfallen.

Bei der anschließenden Umfrage nahm zuerst Kurtrier das Wort zum Vorschlag, ein jeder solle ein halbes Blockhaus unterhalten. Die Kurpfalz, Kurmainz und Würzburg wollten dagegen erst den Bericht von Fabricius hören. Dieser informierte daraufhin über seinen Aufenthalt in Münster, seinen Disput mit Jan von Leiden und seine Beobachtungen bei einem Rundgang durch die Stadt. Er will bei dieser Gelegenheit gehört haben, wenn ein weltlicher Fürst die Stadt belagere, könne mit ihm gegebenenfalls verhandelt werden, dem Bischof jedoch solle sie nicht in die Hand fallen. Er sei danach im Feld-

lager gewesen, fuhr Fabricius fort, und habe bemerkt, daß zu wenige Blockhäuser vorhanden seien, so daß man in der Dunkelheit leicht aus der Stadt heraus oder in sie hinein gelangen könne. Wolle man die Täufer isolieren, müsse zwischen den Blockhäusern ein Graben angelegt werden. Das falle aber dem Bischof und seinen Untertanen zu schwer, denn sie seien unwillig und kriegsverdrossen.

Als danach beraten wurde, erinnerte Kurtrier an den vorgesehenen Tag der drei Reichskreise. Da die »Rheinische Einung« zur Zeit keine ersprießliche Hilfe leisten könne, sollten sie ohne die anderen Reichsstände nichts ausrichten, denn sonst »wurde der schade zum spott volgen.«¹⁶² Auch die kurpfälzischen Räte plädierten für die Verschiebung einer Entscheidung bis zum Koblenzer Tag. Wenn aber zwischenzeitlich einem Bundesverwandten etwas zustoße, wollten sie diesem zu Hilfe kommen. So lauteten auch die Voten von Kurmainz und Würzburg. Daraufhin ersuchten die hessischen Räte die anderen Botschaften, nochmals zu bedenken, welche Gefahr entstehe, wenn die Kriegsknechte abziehen würden und das Stift Münster in fremde Hände fiele. Nach weiteren Beratungen der fürstlichen Räte fielen deren Voten nicht anders als zuvor aus. Die hessischen Vertreter erklärten daraufhin, sie wollten ihren Herrn unterrichten, wiewohl sie es lieber gesehen hätten, wenn eine Entscheidung zugunsten des Bischofs getroffen worden wäre. Da eine Hilfe derzeit aber nicht zustande komme, seien sie von ihrem Herrn beauftragt, die Anwesenden zu ersuchen, dem Bischof bis zu dem Tag in Koblenz mit einer Summe von 8000 Gulden auszuhelfen. Daraufhin berieten die fürstlichen Botschaften wiederum und meinten, eine so kleine Summe sei diesem Werk nicht zuträglich. Den Hessen teilten sie dann mit, daß sie bis zum Koblenzer Tag stillstehen und dann vollziehen wollten, was dort beschlossen werde.

Daraufhin wurde am 17. November der Abschied formuliert.¹⁶³ Er referiert, warum der Tag zu Oberwesel ausgeschrieben wurde, was die hessischen Räte vortrugen und welche Folgen sich aus dem Handel ergeben könnten: Wenn der Bischof von Münster ohne Hilfe bleibe und die Belagerung aufgeben müsse, sei zu befürchten, »das der neue vermeint thoricht Monsterisch khonig seinen Raum gewinnen, das der schlecht gemein man mocht achten, es were vonn gott also geordenet vnd darnach solichs in einenn vn-synne vnnd abfalle erwachsen, auch andere stette zu innenn fallen, waß darauß (dweil die stette der Lanntart on das gemeint, ire oberkeit abzusetzen in dem schein, als ob sie das in der geschriffte fug vnd zuthun haben sollten) volgen mocht, were auch hochlich zu bedenncken, wie der gemein Man itzunt die oren rekt vnd streckt, durch das alles, wohe der bestettigt¹⁶⁴ ver-

lassenn wurde, das der stiftt vnd statt in andere hende zu schmelerung des Reichs wachsehn mochte.«¹⁶⁵

Die Räte der Fürsten – so heißt es weiter – hätten vernommen, wie wichtig der Handel sei. Auch seien ihre Herren zur Hilfe geneigt. Aber die hochwichtige Sache gehe alle Obrigkeiten und Stände des Reiches an. Sie erinnern deshalb an den Koblenzer Tag, zu dem sie geladen seien, und sind der Hoffnung, daß die Blockhäuser bis dahin von Kurköln, Kleve und dem Bischof unterhalten werden. Wenn die rheinischen Einungsverwandten sich unabhängig davon auf eine Hilfe einließen, könnten die anderen Fürsten und Kreisstände den Eindruck gewinnen, als wollten sie die Last allein tragen. Deshalb solle die Sache bis zum Koblenzer Tag ruhen, um dann eine stattlichere Hilfe zu beschließen. Wenn aber ein Einungsverwandter durch die Täufer von Münster oder deren Anhang Schaden erleide, solle jeder dem Beschwerten auf Erfordern zuziehen.

Nach der Verlesung des Abschieds nahmen ihn alle an, die Würzburger aber mit dem Vorbehalt, ihr Herr sei nicht Glied dieses Kreises und auch nicht zu dem Tag im Dezember geladen. Sie wollten ihn aber informieren. Auch die hessischen Räte legten Verwahrung ein, um bei ihrem Herrn nicht in Verdacht zu geraten, ihre Instruktion überschritten zu haben.

Das Ergebnis war für Philipp von Hessen enttäuschend, denn er war es vor allem, der – neben dem Bischof – immer wieder auf die von Münster ausgehenden Gefahren hinwies und die notwendige Hilfe einforderte. Doch er fand nicht das erhoffte Echo, weil alle sich auf den Koblenzer Tag herausredeten. Immerhin war in den letzten Wochen erreicht worden, »daß die deutschen Fürsten sich auf die Seite des Bischofs stellten, nachdem Franz bei jeder Gelegenheit auf die Möglichkeit des burgundischen Eingreifens hingewiesen hatte.«¹⁶⁶ Dieses Argument verlor aber an Zugkraft, da die Landvögtin Maria die finanzielle Unterstützung nicht im gewünschten Maß leistete, und als der Bischof am 15. November noch einmal darum nachsuchte, antwortete auch sie, die Sache ginge alle Fürsten an.¹⁶⁷

VIII. Wie ist die Haltung der Reichsstände zu erklären?

Die Kommunikation zwischen den Fürsten im Reich wurde im Jahr 1534 in hohem Maße von den Münsteraner Ereignissen geprägt. Korrespondenzen in großer Zahl liefen von Ort zu Ort, um über das Geschehen zu informieren und für den bedrängten Bischof des Stifts Münster Hilfe zu organisieren. Das Fazit dieser Bemühungen ist ernüchternd: Der Bischof blieb zwar nicht ohne Unterstützung bei der Belagerung der von den Täufern beherrschten Stadt Münster. Doch konnte er sich längere Zeit nur – von den eigenen, durch

Schatzungen aufgebrauchten Mitteln abgesehen – auf Hessen, Kurköln und Kleve sowie bedingt Burgund stützen. Obwohl die Ausbreitung der Täuferbewegung im Reich kritisch beobachtet wurde und Täufermandate zu deren Verfolgung aufriefen, gelang es vorerst nicht, den Kreis derer wesentlich zu erweitern, die bereit waren, die Kosten der Belagerung zu tragen.

Wurde die von der Täuferherrschaft in Münster ausgehende Gefahr unterschätzt? Der Bischof von Münster und der Landgraf von Hessen machten schon frühzeitig auf die gefährlichen Folgen für alle Reichsstände aufmerksam, wenn die »Irrlehren« der Täufer weiter verbreitet würden und die Täuferherrschaft in Münster nicht beseitigt werde. Philipp verwies wiederholt auf den nur ein Jahrzehnt zurückliegenden Bauernkrieg und warnte, die Täufer in Münster könnten erneut Aufstände im Reich erwecken. »Es seind vf diese stundt drei trefflicher Kriege in deutscher Nation«, urteilten die hessischen Räte am 18. Mai 1534 in einem Ratschlag: der Württemberger Zug, der Krieg Lübecks gegen Dänemark und der Kampf gegen die Täufer. »So ist zum vierden der vfstandt der pawren hochlich zu besorgen, dan man achtet es fur gewiß, so Munster halt¹⁶⁸, das vil mehr stedt vnd lande an den reigen komen werden, sonderlich in Nidderlande, da man an vil orten Arbeit hat das volck zubehalten, vnd als alle kundschaften lauten«.¹⁶⁹

Angesichts der Charakterisierung der Ereignisse als Aufruhr und Landfriedensbruch mutet die Zurückhaltung zahlreicher Fürsten merkwürdig an. Der niederrheinisch-westfälische Kreistag in Köln trat erst nach sieben Monaten zusammen, ohne ein Ergebnis zu zeitigen, und der Tag mehrerer Reichskreise in Koblenz war erst für Mitte Dezember anberaumt. Bis dahin ging die »Hilfe« vieler Reichsstände über Bekundungen der Solidarität nicht hinaus. Immer wieder wurden formale und inhaltliche Einwände vorgetragen, warum sie sich an den Kosten der Belagerung nicht beteiligen können. Fast alle bemühten das Argument, die Hilfe könne nicht nur von einem, zwei oder drei Ständen geleistet werden, sondern müsse Sache des ganzen Reiches sein. Damit wurde einerseits die Situation zutreffend beurteilt, andererseits eine schnelle Hilfe verhindert. Das Argument bot vielen einen willkommenen Entschuldigungsgrund für das eigene Verhalten.

Mit den Zusammenkünften und Absprachen in Orsoy (26. März), Neuss (7. Mai), Neuss (16. bis 20. Juni), Essen (19. bis 20. August), Mainz (1. Oktober), Fulda (17. Oktober), Köln (25. Oktober), Geseke (27. Oktober), Essen (5. bis 8. November) und Oberwesel (16. bis 17. November) unternahmen es immer nur zwei, drei oder vier Fürsten, eine Hilfe für den Bischof zu vereinbaren. Die Umsetzung der Beschlüsse erfolgte indes nur zögernd, und Entscheidungen wurden immer wieder hinausgeschoben, als der Koblenzer Tag in Aussicht stand.

Einige Fürsten brachten einen Reichstag ins Gespräch, um alle Reichsstände in die Hilfe einzubeziehen. Solche Initiativen gingen zum Beispiel von Hessen und Kursachsen sowie von König Ferdinand aus. Doch abgesehen davon, daß ein Reichstag einer längeren Vorbereitung bedurfte und schnelle Hilfe nicht ermöglichte, hätte auch die »Religionsfrage« auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, da der Nürnberger »Friedstand« von 1532 nur bis zu einem allgemeinen freien und christlichen Konzil oder – wenn dies nicht stattfindet – bis zum nächsten Reichstag gelten sollte.¹⁷⁰ An der Behandlung dieses Themas im Rahmen eines Reichstags war aber derzeit keine Seite interessiert.¹⁷¹ Größere Chancen hatte deshalb der in Mainz vorgelegte Vorschlag, einen Tag mehrerer Reichskreise in Koblenz zu veranstalten. Seitdem dieser Gestalt annahm, diente er mehreren Fürsten als Argument, zuvor keine Entscheidungen zu treffen.

Warum war es so schwierig, nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt eine umfassendere Hilfe zu vereinbaren, da doch alle die drohenden Gefahren sahen? In erster Linie spielten politische und konfessionelle Rivalitäten eine Rolle. Philipp von Hessen unterstützte als erster den Bischof, erweckte aber durch sein Engagement den Argwohn von Kurköln und Kleve, die eine Ausweitung des hessischen Einflusses in Richtung Norden verhindern wollten. Franz von Waldeck wiederum war auf die Unterstützung durch Kurköln und Kleve angewiesen, wurde von diesen aber wegen seiner Beziehungen zu Burgund und Hessen mißtrauisch beobachtet. Auch gehörten die angesprochenen Fürsten unterschiedlichen konfessionellen Lagern an. Der katholische Bischof und der evangelische Landgraf fanden aus politischen Gründen zur Zusammenarbeit, andere hielten sich zurück. Vor allem Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen zögerte, dem Bischof Hilfe zu leisten, weil er befürchtete, dieser werde nach der Eroberung der Stadt die katholische Kirche restituieren. Aber auch katholische Fürsten wie Herzog Georg von Sachsen oder der Würzburger Bischof Konrad von Thüngen waren zu materieller Hilfe für ihren Glaubensgenossen nicht ohne weiteres bereit. Initiativen, die auf einen Ausgleich zwischen Bischof und Täufern durch Verhandlungen zielten, wurden ebenso von den unterschiedlichen konfessionellen Standpunkten beeinflußt.

Ein anderes Motiv für die Zurückhaltung, sich an den Kosten der Belagerung zu beteiligen, war die Skepsis, ob die belagerte Stadt in kurzer Zeit eingenommen werden könne. Das war innerhalb von neun Monaten nicht gelungen, zwei Sturmangriffe waren gescheitert, und die Knechte drohten wiederholt mit dem Abzug. Diese Situation nährte die Besorgnis, die Gelder würden vergebens aufgewandt. Nur die Aussicht auf einen baldigen Erfolg

konnte die Reichsstände umstimmen. Obwohl die Zahl der den Bischof von Münster unterstützenden Fürsten größer geworden war, stand eine Wende erst mit dem Koblenzer Tag in Aussicht. Doch auch die dort am 29. Dezember von den Reichsständen in einem Abschied fixierten Maßnahmen wurden nur zögernd umgesetzt. Darauf soll hier nicht weiter eingegangen werden. Die Reichskreise boten ein Instrument, um den Bischof bei der Niederwerfung der Täufer zu unterstützen, dessen Handhabung erwies sich indes auch künftig als schwierig. Trotz des seit Dezember 1534 wachsenden Engagements der Reichsstände gelang es erst am 25. Juni 1535, die Stadt zu erobern – allerdings begünstigt durch Verrat.

Anmerkungen

Folgende Archive werden nur mit dem Namen des Standorts zitiert: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Stadt- und Verwaltungsarchiv Erfurt, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Tiroler Landesarchiv Innsbruck, Historisches Archiv der Stadt Köln, Landeshauptarchiv Magdeburg, Hessisches Staatsarchiv Marburg, Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Österreichisches Staatsarchiv – Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.

1 Vgl. die Bibliographie in: Das Königreich der Täufer. Reformation und Herrschaft der Täufer in Münster, Bd. 2, Münster 2000, S. 212–239.

2 Vgl. Die Wiedertäufer in Münster, Stadtmuseum Münster 1983; Das Königreich der Täufer, 2 Bände, Stadtmuseum Münster 2000.

3 Vgl. Karl-Heinz Kirchhoff, Das Phänomen des Täuferreiches zu Münster 1534/35, in: Franz Petri (Hg.): Der Raum Westfalen 6/1, Münster 1989. Vgl. zuletzt Ralf Klötzer, Die Täuferherrschaft von Münster. Stadtreformation und Welterneuerung, Münster 1992.

4 Vgl. Ludwig Keller, Geschichte der Wiedertäufer und ihres Reiches zu Münster. Nebst ungedruckten Urkunden, Münster 1880, S. 240–289.

5 Vgl. Karl-Heinz Kirchhoff, Die Belagerung und Eroberung Münsters 1534/35. Militärische Maßnahmen und politische Verhandlungen des Fürstbischofs Franz von Waldeck, in: Westfälische Zeitschrift 112 (1962), S. 77–170.

6 Vgl. Helmut Neuhaus, Ferdinands I. Reichstagsplan 1534/35. Politische Meinungsumfrage im Kampf um die Reichsverfassung, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, 32 (1979), S. 24–47; 33 (1980), S. 22–57; ders., Reichsständische Repräsentationsformen im 16. Jahrhundert. Reichstag – Reichskreistag – Reichsdeputationstag, Berlin 1982, S. 36–144; ders., Das Reich und die Wiedertäufer von Münster, in: Westfälische Zeitschrift 133 (1983), S. 9–36.

7 Vgl. auch Günter Vogler, Das Täuferreich zu Münster als Problem der Politik im Reich. Beobachtungen anhand reichsständischer Korrespondenzen der Jahre 1534/35, in: Mennonitische Geschichtsblätter, 37 (1985), S. 7–23.

8 Vgl. Eike Wolgast, Hochstift und Reformation. Studien zur Geschichte der Reichskirche zwischen 1517 und 1648, Stuttgart 1995, S. 100–110.

9 Vgl. Ernst Laubach, Reformation und Täuferherrschaft, in: Franz-Josef Jakobi (Hg.), Geschichte der Stadt Münster, Bd. 1, Münster 1993, S. 145–216; Heinz Duchhardt, Protestanten und ›Sektierer‹ im Sozial- und Verfassungsleben der Bischofsstadt im konfessionel-

len Zeitalter, in: ebd., S. 217–222.

10 Carl August Cornelius (Hg.), *Berichte der Augenzeugen über das Münsterische Wiedertäuferreich*, Münster 1853, Nr. 1, S. 217–218, Zitat S. 218.

11 Vgl. ebd., Nr. 4, S. 225–226, Zitat S. 225.

12 Vgl. Münster, Fürstentum Münster, Landesarchiv 518/519, Bd. 2 b, Bl. 164, 206.

13 Vgl. Kirchhoff, *Belagerung* (wie Anm. 5), S. 84–87, 104–106, 113–115.

14 Vgl. Friedrich Krapf, *Landgraf Philipp der Großmütige von Hessen und die Religionskämpfe im Bistum Münster 1532–1536*, Diss. Marburg 1951, S. 109–183.

15 Marburg, Politisches Archiv des Landgrafen Philipp, Nr. 1429, Bl. 6–6'.

16 Münster, FM, LA 518/19, Bd. 3 a, Bl. 194–194'; Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 247a, Bl. 97–97'.

17 Vgl. ebd., Bl. 100–106.

18 Vgl. Weimar, Reg. N, Nr. 1041, Bl. 19–24; Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 248, Bl. 6–10; Kurköln II, Nr. 4548, Bl. 17–21'.

19 Vgl. Weimar, Reg. N, Nr. 1041, Bl. 23 f.

20 Vgl. Andreas Schneider, *Der Niederrheinisch-Westfälische Kreis im 16. Jahrhundert*, Düsseldorf 1985, S. 39–45, 48–51.

21 Vgl. Weimar, Reg. N, Nr. 1041, Bl. 20.

22 Vgl. Günther Franz (Hg.), *Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges*, Darmstadt 1963, S. 598–601; Günter Vogler, *Der deutsche Bauernkrieg und die Verhandlungen des Reichstags zu Speyer 1526*, in: Rudolf Vierhaus (Hg.), *Herrschaftsverträge, Wahlkapitulationen, Fundamentalgesetze*, Göttingen 1977, S. 173–191, bes. S. 189–191.

23 Kirchhoff, *Belagerung* (wie Anm. 5), S. 96.

24 Vgl. Münster, FM, LA Nr. 518/19, Bd. 2 b, Bl. 168.

25 Vgl. Dresden, Geheimes Archiv, Religionssachen, Loc. 10327, Nr. 3, Bl. 2, 9–11, 14–14'; Erfurt, Abt. XXI/XI, Nr. 1 *Liber recognitionum der Stadt Erfurt 1531–1546*, Bl. 31'.

26 Kirchhoff, *Belagerung* (wie Anm. 5), S. 92. Vgl. auch Franz Petri, *Nordwestdeutschland im Wechselspiel der Politik Karls V. und Philipps des Großmütigen von Hessen*, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde*, 71 (1960), S. 40–60.

27 Vgl. Günter Korell, Jürgen Wullenwever, *Sein sozial-politisches Wirken in Lübeck und der Kampf mit den erstarkenden Mächten Nordeuropas*, Weimar 1980, S. 82–116; Christoph von Rommel, *Philipp der Großmüthige, Landgraf von Hessen*, 1. Bd., Gießen 1830, S. 321–381.

28 Liste der Adressaten: Wien, Reichskanzlei, Reichsakten in genere, Fasz. 7, Bl. 14. Die Konzepte der weitgehend übereinstimmenden Schreiben ebd. Bl. 11–12, 15–16, 17–18, 20–24.

29 Innsbruck, Von der Kgl. Majestät 1532–1534, Bl. 412'.

30 Wien, RK, RA in gen, Fasz. 7, Bl. 22.

31 Ebd., Bl. 17.

32 Vgl. Keller, *Wiedertäufer* (wie Anm. 4), Nr. 29, S. 313–314.

33 Vgl. Düsseldorf, Niederrhein.-westfäl. Kreisarchiv, X, Nr. 3, Bl. 2.

34 Ebd., Bl. 4.

35 Ebd., Bl. 26–27.

36 Ebd., Bl. 47.

37 Vgl. Hannover, Celle, Br. 28, Nr. 4 (23., 24. u. 25. April 1534).

38 Vgl. Münster, FM, LA 518/19, Bd. 3 b, Bl. 90–91

- 39 Vgl. ebd., Bl. 92–93’.
- 40 Vgl. ebd., Bl. 99–99’.
- 41 Vgl. Keller, Wiedertäufer (wie Anm. 4), Nr. 32, S. 316–317.
- 42 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 100.
- 43 Vgl. Wolgast, Hochstift (wie Anm. 8), S. 121–125; Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, Bremen 1995, S. 206–211.
- 44 Vgl. Hannover, Celle, Br. 28, Nr. 4 (5. Mai 1534).
- 45 Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 8, S. 229–231; vgl. auch Nr. 9, S. 231–233.
- 46 Ebd., Nr. 8, S. 230 f.
- 47 Vgl. Hannover, Celle, Br. 28, Nr. 4 (21. Mai 1534).
- 48 Ebd.
- 49 Vgl. Die Schriften Bernhard Rothmanns. Bearb. von Robert Stupperich, Münster 1970, S. 108–111.
- 50 Vgl. Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 10, S. 233–235.
- 51 Vgl. ebd., Nr. 11, S. 235–237.
- 52 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 3 c, Bl. 19’ f.
- 53 Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 17, S. 244–245, Zitat S. 245.
- 54 Vgl. ebd., Nr. 16, S. 243–244.
- 55 Ebd., Nr. 16, S. 243.
- 56 Vgl. ebd., Nr. 18, S. 245–247.
- 57 Vgl. Marburg, PA Nr. 340, Bl. 94–95’; Nr. 341, Bl. 6–6’. 14–14’, 17–18, 27–27’, 36–37, 49–49’, 63, 69–70.
- 58 Vgl. ebd., Nr. 340, Bl. 110–110’; Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 20, S. 248–251.
- 59 Vgl. Münster, FM, LA 518/19, Bd. 3 c, Bl. 4–5.
- 60 Vgl. Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 21, S. 251; Nr. 22, S. 251–252.
- 61 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 107.
- 62 Keller, Wiedertäufer (wie Anm. 4), Nr. 33, S. 317.
- 63 Vgl. ebd., Nr. 33, S. 317–320. Exemplare des Abschieds: Münster, FM, LA 518/19, Bd. 3 c, Bl. 35–38; Düsseldorf, Kurköln II, Nr. 4549, Bl. 6–9’, Jülich-Berg II, Nr. 248, Bl. 17–21; Weimar, Reg N, Nr. 1041, Bl. 40–43’.
- 64 Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 102.
- 65 Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 26, S. 259; Hannover, Celle, Br. 28, Nr. 4 (24. Juni 1534).
- 66 Vgl. Münster, FM, LA Bd. 3 c, Bl. 43–43’.
- 67 Vgl. Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 11 (S. 235–239), Nr. 20 (248–251), Nr. 25 (S. 255–257), Nr. 27 (S. 261–263); Marburg, PA Nr. 413, Bl. 20’–23, 31–33, 34, 46–47, 49–50.
- 68 Vgl. Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 25, S. 255–257.
- 69 Ebd., S. 256 f.
- 70 Ebd., Nr. 27, S. 261–263.
- 71 Köln, Briefbücher, Nr. 58, Bl. 175.
- 72 Ebd., Ratsprotokolle Nr. 9, S. 133.
- 73 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 103 f.: Münster, FM, LA Nr. 518/19, Bd. 4 a, Bl. 10, 19.
- 74 Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 26, S. 257–261.
- 75 Ebd., S. 258.
- 76 Vgl. Hannover, Celle, Br. 28, Nr. 4 (7. Juli 1534).

- 77 Vgl. Johann Christian Lünig, Das Teutsche Reichs-Archiv. Pars Specialis, I. Teil, Leipzig 1713, S. 32.
- 78 Hannover, Celle, Br. 28, Nr. 4 (7. Juli 1534).
- 79 Vgl. ebd. (undatiert).
- 80 Ebd. (11. Juli 1534).
- 81 Vgl. Weimar, Reg N, Nr. 1038, Bl. 25.
- 82 Lünig, Das Teutsche Reichs-Archiv (wie Anm. 77), S. 28–32. Vgl. Alfred Kohler, Antihabsburgische Politik in der Epoche Karls V., Göttingen 1982, S. 321 ff.
- 83 Lünig, Das Teutsche Reichs-Archiv (wie Anm. 77), S. 32.
- 84 Ebd.
- 85 Vgl. Weimar, Reg. N, Nr. 1037, Bl. 1–5.
- 86 Vgl. ebd., Bl. 10–13.
- 87 Ebd., Bl. 11'.
- 88 Vgl. ebd., Bl. 15–20; Marburg, PA Nr. 2559, Bl. 13–17'.
- 89 Vgl. Weimar, Reg. N, Nr. 1037, Bl. 22–25'; Marburg, PA Nr. 2559, Bl. 18–22.
- 90 Weimar, Reg. N, Nr. 1037, Bl. 23'.
- 91 Vgl. ebd., Bl. 32–34'.
- 92 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 107 f.
- 93 Vgl. Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 29, S. 264.
- 94 Vgl. ebd., Nr. 31, S. 267.
- 95 Münster, FM, LA 518/19 Bd. 4 a, Bl. 85–87.
- 96 Vgl. Dresden, Loc. 10327, Nr. 3, Bl. 26; Weimar, Reg N, Nr. 1036, Bl. 1.
- 97 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 109.
- 98 Vgl. Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 247 b, Bl. 120–120'.
- 99 Vgl. ebd., Nr. 248, Bl. 33–34.
- 100 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 109.
- 101 Vgl. ebd., S. 110 f.
- 102 Vgl. Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 247 b, Bl. 131–132; ebd., Nr. 248, Bl. 37–37'; Weimar, Reg. N, Nr. 1041, Bl. 59–60'.
- 103 Ebd., Bl. 59.
- 104 Ebd.
- 105 Ebd., Bl. 60'.
- 106 Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 32, S. 267–268.
- 107 Vgl. ebd., Nr. 33, S. 268–269.
- 108 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 112 f.
- 109 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 32.
- 110 Vgl. ebd., Bd. 4 b, Bl. 26.
- 111 Vgl. ebd., Bl. 3–6.
- 112 Vgl. ebd., Bl. 5 f.
- 113 Vgl. ebd., Bl. 14.
- 114 Vgl. Weimar, Reg N, Nr. 1041, Bl. 7, 14–17.
- 115 Vgl. ebd., Bl. 64–73.
- 116 Vgl. Würzburg, Miscellanea, Nr. 1380, Bl. 2–2', 3–7.
- 117 Vgl. ebd., Bl. 8–9.
- 118 Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 40.
- 119 Vgl. Keller, Wiedertäufer (wie Anm. 4), Nr. 35, S. 321–322.

- 120 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bl. 46–46’.
- 121 Dresden, Loc. 10327, Nr. 3, Bl. 28–29.
- 122 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 115; Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 41.
- 123 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 115.
- 124 Weimar, Reg. N, Nr. 1037, Bl. 37.
- 125 Vgl. Marburg, PA Nr. 2088, Bl. 48–49’.
- 126 Vgl. ebd., Nr. 2404, Bl. 88–89’.
- 127 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 116 f.
- 128 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 85–90’; Düsseldorf, Kurköln II, Nr. 4548, Bl. 9–15.
- 129 Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 90.
- 130 Vgl. ebd., Bd. 4 d, Bl. 82’–84’.
- 131 Gemeint waren der kurrheinische, oberrheinische und niederrheinisch-westfälische Reichskreis.
- 132 Vgl. Neuhaus, Ferdinands I. Reichstagsplan (wie Anm. 6), 1. Teil, S. 35–47.
- 133 Vgl. Wien, Reichskanzlei, Reichstagsakten, 1. Nichtperman. Reichstag. Fasz. 5, C I, Bl. 3–4’.
- 134 Vgl. Neuhaus, Reichstagsplan (wie Anm. 6), 2. Teil, S. 28, 36–38.
- 135 Vgl. Düsseldorf, Kurköln II, Nr. 4547, Bl. 1–2.
- 136 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 117 f.
- 137 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 123–124.
- 138 Vgl. Düsseldorf, Kurköln II, Nr. 4547, Bl. 3.
- 139 Dresden, Loc. 10327, Nr. 3, Bl. 32–36’.
- 140 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 c, Bl. 81; Dresden, Loc. 10327, Nr. 3, Bl. 68–69; Weimar, Reg. N, Nr. 1055, Bl. 11–16.
- 141 Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 166’–166a.
- 142 Vgl. Cornelius, Berichte (wie Anm. 10), Nr. 37, S. 279–288.
- 143 Ebd., S. 287.
- 144 Vgl. Düsseldorf, Kurköln II, Nr. 4548, Bl. 5–8’.
- 145 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 b, Bl. 146.
- 146 Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 119.
- 147 Zur Rheinischen Einung vgl. Friedrich Eymelt, Die Rheinische Einung des Jahres 1532 in der Reichs- und Landesgeschichte, Bonn 1967.
- 148 Vgl. Magdeburg, A 1 Nr. 303, Bl. 6–8’.
- 149 Marburg, PA Nr. 2088, Bl. 60; Nr. 2404, Bl. 105; Nr. 2951, Bl. 198; Würzburg, Miscellanea Nr. 1380, Bl. 108’.
- 150 Vgl. Münster, FM, LA 518/519, Bd. 4 c, Bl. 30–31; Weimar, Reg. N, Nr. 1045, Bl. 1–2’.
- 151 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 122 ff.
- 152 Vgl. Düsseldorf, Jülich-Berg II, Nr. 248, Bl. 48–50’.
- 153 Vgl. ebd., Kurköln II, Nr. 4548, Bl. 30–34’; Jülich-Berg II, Nr. 248, Bl. 48–50’; Weimar, Reg. N, Nr. 1044, Bl. 1–4.
- 154 Vgl. Weimar, Reg. N, Nr. 1050, Bl. 3–4’, 5–12’.
- 155 Vgl. Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 125 ff.
- 156 Vgl. Würzburg, Miscellanea Nr. 110, Bl. 2–12; Germanisches Nationalmuseum Nürnberg (Archiv), Deutsches Reich, Nr. 10.
- 157 Vgl. Marburg, PA Nr. 414, Bl. 1–2’.

- 158 Vgl. Würzburg, Miscellanea, Nr. 1380, Bl. 97'–100'.
 159 Ebd., Bl. 99'.
 160 Ebd., Bl. 100'.
 161 Ebd., Nr. 110, Bl. 3.
 162 Ebd., Bl. 8.
 163 Vgl. ebd., Bl. 12'–17; Marburg, PA Nr. 414, Bl. 4–7; Weimar, Reg N, Nr. 1053, Bl. 16–20'; Düsseldorf, Kurköln II, Nr. 4548, Bl. 23–28', Jülich-Berg II, Nr. 248, Bl. 53–57.
 164 Gemeint ist der Bischof.
 165 Würzburg, Miscellanea, Nr. 110, Bl. 13'.
 166 Kirchhoff, Belagerung (wie Anm. 5), S. 127.
 167 Vgl. ebd.
 168 Das heißt: gehalten wird.
 169 Marburg, PA Nr. 340, Bl. 33'.
 170 Vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V. 10. Bd.: Der Reichstag in Regensburg und die Verhandlungen über einen Friedstand mit den Protestanten in Schweinfurt und Nürnberg 1532, Teilbd. 3. Bearb. von Rosemarie Aulinger, Göttingen 1992, S. 1513, 1526.
 171 Vgl. Neuhaus, Reichstagsplan (wie Anm. 6), 2. Teil, S. 28–36.